

# Pläne stoßen auf Widerstand

1241 Unterschriften gegen eine Bebauung der ehemaligen Redoute in Friedrichsort übergeben

**Pries/Friedrichsort.** „Ich gebe den Bürgern recht, weil ich bin ja von den Linken.“ Ganz so einfach, wie Ortsbeirätin Manuela Bombosch ihren Standpunkt begründete, lief die Diskussion dann doch nicht, als in Friedrichsort ebenso erbittert wie fair über eine mögliche Bebauung des Grüffkamp und der ehemaligen Redoute gestritten wurde. „Die Bürger“ haben in solchen Angelegenheiten offenbar durchaus unterschiedliche Interessen.

Von Martin Geist

Klar ist freilich, dass die noch im Anfangsstadium steckenden Überlegungen zu einem kleinen Baugebiet auf arge Vorbehalte der Einwohner stoßen: Es geht um das von Grünflächen, Bäumen und schmucken Kleingärten geprägte frühere Redoute-Gelände im Ortszentrum hinter dem Grundstück des AWO-Kinderhauses. 1241 Unterschriften wurden binnen kurzer Zeit dagegen gesammelt und der Ortsbeiratsvorsitzenden Vorsitzende Birgit Wellendorf (SPD) übergeben, mit Transparenten und Stickers brachte die Bürgeropposition einen Hauch Stuttgart 21 in die rekordverdächtig gut besuchte Sitzung in der Mensa der Fritz-Reuter-Schule.

1,3 Hektar umfasst das Gelände, auf dem Ende des 19. Jahrhunderts eine Munitionsfabrik errichtet wurde. Nach Angaben von Stadtplaner Thomas Stüber könnten darauf 25 Wohneinheiten geschaffen und zugleich die beiden als Naturdenkmäler ausgewiesenen großen Linden

erhalten werden. Altlasten sind kein großes Problem, eine von der Stadt in Auftrag gegebene Analyse besagt, dass die vorhandene Flugasche durch von 20 bis 35 Zentimeter tiefen Bodenaustausch unschädlich gemacht werden könnte. Auch planungsrechtlich sieht Stüber keine unüberwindlichen Hürden.

Doch die andere Frage ist der am Mittwochabend oft ins Feld geführte Bürgerwille. Ein bereits vorab geführtes Gespräch mit den von ihrem Kreisverband überdies nur teilweise eingeladenen betroffenen Kleingärtnern sei „sehr negativ“ verlaufen, räumte der Mann aus dem Rathaus ein. Auch gab er zu, dass das Gelände zwar kein gesetzlich geschütztes Biotop, wohl aber eine „wertvolle Grünfläche“ sei. Den Verlust an Grün und Lebensraum für Pflanzen und Tiere von der Blindschleiche bis zur Fledermaus führten auch die Bebauungsgegner wiederholt ins Feld. Außerdem, so meinte ein älterer Friedrichsorter, sei die Redoute ein historischer Teil der Festung

und dürfe nicht schönem Häuserbau weichen. Ob bei alternder Bevölkerung überhaupt noch mehr Wohnraum benötigt werde, wurde grundsätzlich in Frage gestellt. Und ebenfalls ins Grundsätzliche zielte das Argument, dass der Stadtteil Arbeitsplätze viel nötiger als Häuser habe.

Abwägend äußerten sich die meisten Mitglieder des Ortsbeirats. Vorsitzende Birgit Wellendorf erinnerte an leere Geschäfte und betonte die Bedeutung von „jungen Familien, die den ganzen Stadtteil beleben“. Peter Scholtysik (CDU) knüpfte an die Worte seiner linken Nebensitzerin Bombosch an: „Ich bin für die Bürger, deshalb möchte ich, dass die Bürger im Ort auch Wohnungen finden.“ Einig war sich das Gremium, dass dieses derart umstrittene Thema nicht im Schweinsgalopp durchgepeitscht werden soll. Eine Abstimmung gab es erst einmal nicht.

Genauso verhält es sich mit einer möglichen Bebauung der Gärten im Grüffkamp. Im Auftrag des Ortsbeirats hat die Stadt geprüft, ob der private Teil dieser Anlage mit Wohnhäusern bebaut werden könnte und kam im Prinzip zu einem positiven Ergebnis.



Demo im Ortsbeirat: Die Gegner einer Bebauung der Redoute machten nachdrücklich auf sich aufmerksam. Fotos M. Geist



1,3 Hektar groß und ganz schön grün ist das Gebiet der Redoute, das hinter dem AWO-Kinderhaus in Friedrichsort liegt.

Der Haken daran: Straßenbau, Kanäle, Versorgungsleitungen und gesetzlich geforderte Ausgleichsleistungen für die Natur würden zu Buche schlagen: Alles in allem kämen nach einer Modellrechnung für ein 600-Quadratmeter-Baugrundstück 51 000 Euro zuzüglich 9000 Euro für Hausanschlüsse zusammen. Obwohl offenbar die Mehrheit der Betroffenen nicht zuletzt aus diesem Grund gegen eine Ausweisung zum Baugebiet ist, gibt

es durchaus Befürworter. Bei einem Quadratmeterpreis von 180 Euro seien die Kosten für die Umwandlung in Bauland „immer noch günstiger“, rechnete einer der bauwilligen Gärtner vor. Der Ortsbeirat vertagte sich in dieser Frage ebenfalls und will unter anderem erst prüfen lassen, ob es nicht günstigere Wege der Erschließung gibt. Andernorts würden für derartige Grundstücke schließlich nicht mehr als 10 000 bis 15 000 Euro fällig.